

Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel



Europabericht 04/2007
vom 02.03.2007

EUROPABERICHT Nr.: 04/2007Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Geschäftsbereich Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament**EP: WESENTLICHE ERGEBNISSE DER PLENARSITZUNG VOM 12. – 15. FEBRUAR 2007 IN STRAßBURG**

Zu den wesentlichen Ergebnissen zählen die Resolutionen zur Umsetzung der Lissabonstrategie an den Frühjahrsgipfel, zur Senkung der Treibhausgasemissionen aller Industriestaaten um 30% bis 2020, zu Fortschritten bei den Frauenrechten als notwendige Bedingung für die EU-Mitgliedschaft der Türkei, sowie zum angemessenen Datenschutz bei der Weitergabe von Fluggast- und Bankdaten. Der Abschlussbericht des nicht ständigen CIA Untersuchungsausschusses, der sich kritisch zum Verhalten des Ministerrats und der Mitgliedstaaten äußerte, wurde angenommen. Der neue Präsident des EP Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering stellte zudem sein Arbeitsprogramm vor.

Im gesetzgeberischen Bereich sprach sich das EP in der 1. Lesung der Abfallrahmenrichtlinie dafür aus, das Abfallaufkommen bis 2012 zu stabilisieren und bis 2020 zu senken. Im Landwirtschaftsbereich ist das EP für eine schrittweise Reform der Weinmarktordnung und forderte die Kommission erneut mit großer Mehrheit auf, den Vorschlag zur „freiwilligen Modulation“ (Kürzung) der Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zurückzuziehen (siehe auch Beiträge der Ressorts).

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/briefing_page/3002-043-02-07-20070208BRI02878-12-02-2007-2007/default_de.htm

EP: REFORMARBEITSGRUPPE EINGESETZT

Auf Initiative des Parlamentspräsidenten Prof. Dr. Pöttering wurde am 15.02.2007 eine Arbeitsgruppe zur Reform der Arbeitsweise des Europäischen Parlaments eingesetzt. Die Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz der deutschen SPD-Abgeordneten Roth-Berendt und je einem Vertreter der 8 Fraktionen im EP soll prüfen, wie die Arbeit des Parlaments effizienter und öffentlichkeitswirksamer gestaltet werden kann.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-3202-050-02-08-901-20070215IPR03201-19-02-2007-2007-false/default_de.htm

EP: DIE BAYERISCHEN ABGEORDNETEN RADWAN UND WEBER ZU SPRECHERN DER EVP GEWÄHLT

Im Zuge der turnusgemäßen Neuwahlen im EP zur Mitte der Legislaturperiode wurde MdEP Radwan als wirtschaftspolitischer Sprecher (Kordinator) der EVP im Ausschuss für Wirtschaft und Währung bestätigt. MdEP Weber wurde erstmalig zum innenpolitischen Sprecher (Kordinator) der EVP im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Recht und Inneres gewählt.

BESSERE RECHTSETZUNG: RAT WETTBEWERBSFÄHIGKEIT EMPFIEHLT FRÜHJAHRSGIPFEL KOSTENREDUKTION UM 25%

Der Rat für Wettbewerbsfähigkeit unter Vorsitz von Bundeswirtschaftsminister *Glos* hat am 21.02.2007 in seinem Beitrag für den Europäischen Rat am 07./08. März 2007 in Anlehnung an die Vorschläge der Kommission im Aktionsprogramm zur Reduzierung von Verwaltungslasten vom 24.01.2007 (s. EB 02/07) empfohlen, die Verwaltungskosten, die auf EU Recht basieren, bis 2012 um 25% zu reduzieren.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/intm/92870.pdf

POLITISCHE PRIORITÄTEN DER KOMMISSION FÜR 2008

Die Kommission hat am 21.02.2007 ihre jährliche Strategieplanung mit den politischen Prioritäten für 2008 im Rahmen der vier strategischen Ziele der Barroso-Kommission, Wohlstand, Solidarität, Sicherheit und Freiheit sowie eine stärkere Position Europas in der Welt, vorgestellt. Die wichtigsten Vorhaben liegen in bereichsübergreifenden Themen wie Beschäftigung, Energie und Klimawandel sowie Migrationsteuerung durch EU-interne Maßnahmen aber auch auf globaler Ebene mit den Partnern in der Welt. Zugleich hat die Kommission Vorschläge zur Erhöhung des Haushalts und für mehr Personal vorgelegt. Zudem wird 2008 ein wichtiges Jahr für die Debatte über die Zukunft Europas. Die Kommission hofft hier auf eine „konstruktive Regelung der institutionellen Frage“.

Die Strategieplanung 2008 findet sich unter:

http://ec.europa.eu/atwork/programmes/index_en.htm

Der Gesamtbericht der Kommission über die Tätigkeit der EU 2006 unter:

<http://europa.eu/generalreport/de/2006/index.htm>

RAT JUSTIZ UND INNERES AM 15.02.2007 IN BRÜSSEL: INNENPOLITIK

1. Polizeizusammenarbeit: Überführung der die Dritte Säule betreffenden Teile des Prümmer Vertrags ins EU-Recht vereinbart
2. FRONTEX soll rasch gestärkt werden
3. Migration: Debatte über Partnerschaftsabkommen mit Drittstaaten
4. Sachstandsberichte zu SISone4all und SIS II
5. Grundrechteagentur: Verordnung angenommen, Start am 01.03.2007
6. Häufung von Einbürgerungsanträgen von Moldawiern in Rumänien
7. Erfahrungsbericht zum Menschenhandel im Zusammenhang mit der Fußball WM 2006 gebilligt
8. Arbeitsgruppe zur europäischen Innenpolitik ab 2010 eingesetzt

EU STELLT VON 2007 - 2013 FÜR SICHERHEIT UND SCHUTZ DER FREIHEITSRECHTE 745 MIO. €BEREIT

Der Rat hat ein neues finanzielles Rahmenprogramm „Sicherheit und Schutz der Freiheitsrechte“ angenommen; das Unterprogramme zu „Prävention, Abwehrbereitschaft und Folgenbewältigung im Zusammenhang mit Terrorakten und anderen Sicherheitsrisiken“ (137 Mio. €) und „Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung“ (598 Mio. €) umfasst. Die Gelder sind für Projekte und Maßnahmen der Kommission, europäischer und nationaler Einrichtungen sowie Nichtregierungsorganisationen vorgesehen.

PLENARTAGUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS: INNENPOLITIK

1. Zustimmung zu Abkommen über Rückübernahme und Visaerleichterungen mit Russland
2. Kritik an Weitergabe von Fluggast- und Bankdaten an die USA
3. Kritik an Rat und Mitgliedstaaten wegen CIA-Flügen

RAT JUSTIZ UND INNERES AM 15.02.2007: JUSTIZ- UND RECHTSPOLITIK

1. **Europäische Vollstreckungsanordnung:** Allgemeine Ausrichtung
2. **Rassismus und Fremdenfeindlichkeit:** Allgemeine Aussprache

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/jha/92827.pdf

NEUE RICHTLINIE ZUR BEKÄMPFUNG DER UMWELTKRIMINALITÄT

Auf dem Ji-Rat am 15.02.2007 hat Kommissionsvizepräsident *Franco Frattini* auch den am 09.02.2007 angenommenen Kommissionsvorschlag für eine Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt vorgestellt. Dieser bezweckt eine wirksamere Bekämpfung der Umweltkriminalität durch die Annäherung der strafrechtlichen Bestimmungen der Mitgliedstaaten.

<http://ec.europa.eu/environment/crime/index.htm>

EP-PLENUM AM 15.02.2007 UND WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRAT AM 19.02.2007: EINIGUNG ÜBER AKTIONÄRSRECHTERICHTLINIE

Das Europäische Parlament hat am 15.02.2007 in erster Lesung den Richtlinienvorschlag der Kommission über die Ausübung der Stimmrechte durch Aktionäre mit mehreren Änderungen gebilligt. Zuvor war im informellen Trilog zwischen EP, Rat und Kommission ein Kompromiss erreicht worden, der nach der Plenarabstimmung auch vom Wettbewerbsfähigkeitsrat am 19.02.2007 bestätigt wurde. Im Anschluss an die sprachjuristische Überarbeitung soll die Richtlinie vom Rat noch unter deutscher Präsidentschaft förmlich angenommen werden.

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-
//EP//NONSGML+TA+20070215+SIT+DOC+WORD+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+20070215+SIT+DOC+WORD+V0//DE&language=DE)

NEUE FINANZPROGRAMME 2007 - 2013 IM BEREICH INNERE SICHERHEIT UND STRAFRECHT VERABSCHIEDET

Der Rat Allgemeine Angelegenheiten hat am 12.02.2007 die neuen Programme „Prävention, Abwehrbereitschaft und Folgenbewältigung im Zusammenhang mit Terrorakten und anderen Sicherheitsrisiken“ (137,4 Mio. €) und „Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung“ (597,6 Mio. €) als Teile des Rahmenprogramms „Sicherheit und Schutz der Freiheitsrechte“ angenommen. Darüber hinaus wurde das Programm „Strafjustiz“ (196,2 Mio. €) als Teil des Rahmenprogramms „Grundrechte und Justiz“ verabschiedet. Zu dem Programm „Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung“ hat die Kommission bereits eine Ausschreibung zu Rahmenpartnerschaften mit Frist bis zum **27. März 2007** veröffentlicht.

http://ec.europa.eu/justice_home/funding/isec/funding_isec_de.htm

ZIELE DER ÜBERNAHMERICHTLINIE LAUT KOMMISSION NICHT ERREICHT

In ihrem Bericht vom 21.02.2007 zur Umsetzung der Übernahmerichtlinie 2004/25/EG kommt die Kommission zu dem Schluss, dass die Mitgliedstaaten überwiegend nicht bereit sind, Hindernisse auf dem europäischen Übernahmemarkt abzubauen. Infolge der Inanspruchnahme von in der Richtlinie vorgesehenen Optionen und Ausnahmen seien möglicherweise eher neue Hindernisse geschaffen als alte beseitigt worden.

http://ec.europa.eu/internal_market/company/takeoverbids/index_de.htm

EUGH: VW-GESETZ VERSTÖßT NACH ANSICHT DES GENERALANWALTS GEGEN DEN FREIEN KAPITALVERKEHR

In dem Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen des VW-Gesetzes (Rechtssache C-112/05) hat sich Generalanwalt *Ruiz-Jarabo Colomer* mit Schlussantrag vom 13.02.2007 dafür ausgesprochen, Deutschland wegen Verstoßes gegen den freien Kapitalverkehr im Sinne von Artikel 56 Absatz 1 EGV zu verurteilen. Mit der Entscheidung des EuGH ist voraussichtlich im Sommer 2007 zu rechnen.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

KOMMISSION GENEHMIGT ENERGIESTEUERBEFREIUNGEN IN DEUTSCHLAND

Die Kommission hat am 08.02.2007 die von Deutschland vorgesehenen Energiesteuerbefreiungen für Erzeugnisse mit zweierlei Verwendungszweck (wie z. B. Energieerzeugnisse für die Stahlerzeugung, die dort auch als Ausgangsstoff verwendet werden) und für die Verwendung von Energieerzeugnissen in mineralogischen Verfahren (wie der Zement- und Glasherstellung) genehmigt.

BERÜCKSICHTIGUNG VON BETRIEBSAUSGABEN VON BESCHRÄNKT STEUERPFLICHTIGEN

Der EuGH hat in dem Vorabentscheidungsverfahren C-345/04 (Centro Equestre) am 15.02.2007 entschieden, dass es nicht gegen die Dienstleistungsfreiheit nach Artikel 49 des EG-Vertrages verstößt, wenn der Abzug von Betriebsausgaben von der Körperschaftsteuer eines beschränkt Steuerpflichtigen davon abhängig gemacht wird, dass die Betriebsausgaben in unmittelbarem wirtschaftlichen Zusammenhang mit den Einnahmen im Mitgliedstaat der Dienstleistung stehen, soweit alle Kosten, die sich von dieser Tätigkeit nicht trennen lassen, unabhängig vom Ort oder Zeitpunkt ihrer Entstehung als solche Ausgaben betrachtet werden. Artikel 49 EG-Vertrag verbie-

tet es jedoch, dass die Erstattung der betreffenden Steuern davon abhängig gemacht wird, dass die Betriebsausgaben die Hälfte der Einnahmen übersteigen.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

SCHAFFUNG EINES MECHANISMUS ZUR BESEITIGUNG DER MWST-DOPPELBELASTUNG IN EINZELFÄLLEN

Die Kommission hat am 19.01.2007 eine Konsultation zu dem Thema „Schaffung eines Mechanismus zur Beseitigung der MwSt-Doppelbelastung in Einzelfällen“ gestartet. Stellungnahmen können von interessierten Kreisen bis zum 31.05.2007 abgegeben werden.

http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/common/consultations/tax/double_taxation_de.pdf

LEITLINIEN DER KOMMISSION ZUR VERMEIDUNG VON RECHTSSTREITIGKEITEN BEI VERRECHNUNGSPREISEN

Die Kommission hat am 26.02.2007 eine Mitteilung über die Tätigkeit des gemeinsamen EU-Verrechnungspreisforums im Bereich der Streitvermeidungs- und Streitbeilegungsverfahren und über Leitlinien für Verrechnungspreiszusagen in der EU vorgelegt. Ziel dieser Mitteilung ist es, Doppelbesteuerungen und Rechtsstreitigkeiten von verbundenen Unternehmen zu vermeiden. Dazu hat die Kommission auf der Grundlage der Arbeiten des gemeinsamen EU-Verrechnungspreisforums Leitlinien herausgegeben.

[http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/company_tax/transfer_pricing/COM\(2007\)71_de.pdf](http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/company_tax/transfer_pricing/COM(2007)71_de.pdf)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

ERGEBNISSE DER TAGUNG DES RATES FÜR WETTBEWERBSFÄHIGKEIT AM 19.02.2007

Dem Wettbewerbsfähigkeitsrat ist es am 19.02.2007 gelungen, seinen Beitrag zur Frühjahrstagung des Europäischen Rates am 08./09.03.2007, das sog. „Eckpunktepapier“ zu verabschieden. Strittig waren dabei Punkte zur Reduktion des Umsetzungsdefizits der Mitgliedstaaten von 1,5 % auf 1,0 % bis 2009, der Abbau von Verwaltungslasten um 25 %, die Einführung eines unabhängigen Elements in der Folgenabschätzung, die Liberalisierung der Postmärkte sowie ein Zeitziel zum Abschluss der sog. Doha-Verhandlungen.

ERGEBNISSE DES ENERGIEMINISTERRATS VOM 15.02.2007

Die Energieminister verabschiedeten auf ihrer Sitzung am 15.02.2007 einstimmig ihre Schlussfolgerungen zum Energiepaket der Europäischen Kommission. Diese Schlussfolgerungen werden in den Frühjahrsgipfel am 08./09.03.2007 einfließen. In Bezug auf die Trennung von Netz und Erzeugung verlangten die Minister weitere Prüfungen und Abschätzungen der Kommission. Bezüglich des Anteils der erneuerbaren Energien einigten sich die Minister lediglich auf ein unverbindliches Ziel von 20 %, wogegen die Zielsetzung für die Biokraftstoffe auf 10 % am Treibstoffverbrauch bis 2020 rechtlich verbindlich sein soll. Ebenfalls verbindlich einigten sich die Minister auf eine Energieeinsparung von 20 % bis 2020.

KOMMISSION VERABSCHIEDET ZWISCHENBERICHT ZUM BINNENMARKT

Die Europäische Kommission legte am 21.02.2007 ihren Zwischenbericht zum Binnenmarkt für den Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates am 08./09.03.2007 vor. In diesem zieht sie ein Resümee; stellt aber auch die Herausforderungen des Binnenmarktes der Zukunft vor. Ein abschließender Binnenmarkt-Bericht mit konkreten Vorschlägen ist für Herbst 2007 angekündigt.

http://ec.europa.eu/internal_market/strategy/index_de.htm

EP SCHLIEßT SICH KLAGE GEGEN DIE AUSLEGUNGSMITTEILUNG DER KOMMISSION ZU VERGABEN UNTERHLAB DER SCHWELLENWERTE AN

Das Europäische Parlament hat entschieden, sich der Klage der Bundesregierung gegen die Leitlinien der EU-Kommission zur Vergabe öffentlicher Aufträge, die nicht vom EU-Vergaberecht erfasst werden, anzuschließen. (s. Europabericht 16/2006, TOP V) Wie die Bundesregierung geht auch das EP davon aus, dass die Kommission keine Gesetzgebungskompetenz für diese Mitteilung hat. Das Parlament folgt bei seiner Entscheidung einer Empfehlung seines Rechtsausschusses.

KOMMISSION RICHTET WEBSITE FÜR FRAGEN ZUR RICHTLINIE „MÄRKTE FÜR FINANZ-INSTRUMENTE“ (MIFID) EIN

Die Kommission hat am 14.02.2007 eine Website zur MiFiD-Richtlinie und den damit verbundenen Umsetzungsvorgaben eingerichtet. Die Fragen können in jeder EU-Amtssprache gestellt werden, die Antworten werden allerdings nur auf Englisch veröffentlicht. Die Kommission hat sich vorgenommen, alle Fragen innerhalb von drei Monaten zu beantworten.

http://ec.europa.eu/internal_market/securities/isd/questions/index_en.htm

KONSULTATION ZU LEITLINIEN FÜR VERTIKALE FUSIONEN

Die Kommission hat am 13.02.2007 eine Konsultation zu einem Leitlinienentwurf zur Bewertung von vertikalen Fusionen eingeleitet. Interessierte Kreise können bis zum 12.05.2007 zu dem Leitlinienentwurf Stellung nehmen. Im Anschluss wird die Kommission die endgültige Fassung der Leitlinien erarbeiten. Die Leitlinien sollen Unternehmen, die derartige Fusionen beabsichtigen, als Orientierungshilfe dienen.

<http://ec.europa.eu/comm/competition/consultations/open.html>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten

MARKTRÜCKNAHME VON ZUCKER IM WIRTSCHAFTSJAHR 2007/2008

Der Verwaltungsausschuss für Zucker hat am 22.02.2007 einen Dringlichkeitsvorschlag der Europäischen Kommission (KOM) angenommen, in dem eine Kürzung der Produktion für das Wirtschaftsjahr 2007/08 um rund 2 Mio. Tonnen, das entspricht 13,5 %, beschlossen wurde. Für die deutschen Zuckerproduzenten bedeutet dies im Wirtschaftsjahr 2007/08 eine Reduzierung der Quote um rund 493.000 Tonnen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/231&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

„MINI-MILCHREFORM“ VORGESTELLT

Die Kommission (KOM) hat am 15.02.2007 einen Vorschlag für eine Mini-Milchreform zur Vereinfachung der gemeinsamen Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse verabschiedet.

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/195&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

BERICHTE AUS DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT (EP)

1. Freiwillige Modulation

Mit 584 zu 89 Stimmen und 19 Enthaltungen lehnte das Parlament am 14.02.2007 den Vorschlag der Europäischen Kommission zur freiwilligen Modulation der Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik erneut ab.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/032-3014-043-02-07-904-20070208IPR02895-12-02-2007-2007-false/default_de.htm

2. Reform des Weinsektors

Das Europäische Parlament hat am 15.02.2007 einen Bericht angenommen, nach dem die Destillation vorerst beibehalten und die vier existierenden Destillationsarten zu zwei zusammengefasst werden.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/032-3013-043-02-07-904-20070208IPR02894-12-02-2007-2007-false/default_de.htm

3. Mitteilung der Kommission über den Stand der WTO-Verhandlungen

Am 26. Februar 2007 informierte David O'Sullivan, Generaldirektor der DG Handel das Europäischen Parlament über den aktuellen Stand der WTO-Verhandlungen. Was die bilateralen Kontakte der Hauptakteure anbelangt, sei ein neuer Wendepunkt erreicht.

4. Aussprache mit Kommissarin Fischer Boel zur Reform des Obst- und Gemüsesektors

Am 27.02.2007 fand in der Sitzung des Agrarausschusses eine Aussprache über die Reform der GMO für Obst und Gemüse mit Kommissarin Fischer Boel statt, von der noch einmal die Ziele der Reform betont wurden.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

BESCHÄFTIGUNGS- UND SOZIALMINISTERRAT: EINRICHTUNG ERFAHRUNGS- TAUSCH ZU FAMILIE & DEMOGRAPHIE

Der Rat der Beschäftigungs-, Sozial-, und Gesundheitsminister hat am 22.02.2007 unter dem Vorsitz von BM Franz Müntefering und BM'in Dr. von der Leyen seine Kernbotschaften mit Blick auf den Europäischen Frühjahrsrat am 08./09.03.2007 verabschiedet; außerdem führte der Rat eine strukturierte Debatte zum demographischen Wandel, verabschiedete eine Entschließung zum Beitrag der Wirtschaftskraft Älterer für die demographische Entwicklung und brachte die deutsche Präsidentschaftsinitiative „Europäische Allianz für Familie“ auf den Weg.

<http://www.consilium.europa.eu/cms3 fo/showPage.ASP?lang=de>

GEMEINSAMER BESCHÄFTIGUNGSBERICHT 2006/2007 KRITISCH-OPTIMISTISCH

Die Arbeitslosigkeit sinkt und die Beschäftigung steigt, so der Entwurf der EU-Kommission eines Gemeinsamen Beschäftigungsberichts von Kommission und Rat vom 19.02.2007, der vom Rat der EU-Beschäftigungs- und Sozialminister am 22. Februar 2007 angenommen wurde (s.o.). Der Bericht der Kommission – er bewertet die Umsetzung der Nationalen Reformprogramme für den Beschäftigungsbereich in den Mitgliedstaaten – stimmt grundsätzlich optimistisch. Gleichwohl unterstreicht er die Notwendigkeit strikterer Reformen, insbesondere um eine größere Ausgewo-

genheit zwischen Flexibilität und Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt herzustellen (sog. „Flexicurity“-Ansatz).

http://ec.europa.eu/employment_social/emplweb/news/news_de.cfm?id=206

EU-BERICHT „SOZIALSCHUTZ UND SOZIALE EINGLIEDERUNG 2007“: EMPFEHLUNGEN FÜR DEUTSCHLAND

Die EU-Kommission hat am 19.02.2007 ihren Entwurf eines „Gemeinsamen Berichtes über Sozialschutz und soziale Eingliederung 2007“ vorgelegt. Dieser wurde am 22. Februar vom Rat der EU- Arbeits- und Sozialminister verabschiedet. Er beleuchtet Prioritäten und bisherigen Fortschritte. Nach Annahme des Berichts durch den Rat wird er den EU Staats- und Regierungschefs auf ihrer Frühjahrstagung am 8./9. März als Beitrag zum Paket „Wachstum und Beschäftigung“ für den Sozialbereich vorgelegt.

http://ec.europa.eu/employment_social/social_inclusion/news_de.htm

http://ec.europa.eu/employment_social/social_inclusion/jrep_de.htm

SOZIALE BESTANDSAUFNAHME/BÜRGERAGENDA: ÖFFENTLICHE KONSULTATION ZUR „SOZIALEN WIRKLICHKEIT“

Die Europäische Kommission hat am 26.02.2007 eine öffentliche Konsultation gestartet, die Aufschluss über die „soziale Wirklichkeit und über die Tendenzen der europäischen Gesellschaft“ geben soll. Die Initiative geht auf einen Vorschlag der Kommission in ihrer Mitteilung vom Mai 2006 mit dem Titel „Eine bürgernahe Agenda“ zurück, welcher der Europäische Rat im Juni 2006 zugestimmt hatte.

http://ec.europa.eu/citizens_agenda/social_reality_stocktaking/index_de.htm

http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

BILDUNG: ERGEBNISSE DES BILDUNGSMINISTERRATES AM 16.02.2007

Die europäischen Bildungsminister haben unter Vorsitz von Bundesministerin Dr. Schavan u. a. Kernbotschaften an den Europäischen Frühjahrsrat zur Positionierung des Bildungsbereichs im Rahmen der Lissabon-Strategie verabschiedet und eine Aussprache über die künftige Gestaltung der EU-Bildungs Kooperation nach 2010 geführt.

KOMMISSION LEGT VORSCHLAG ZUR SCHAFFUNG EINES KOHÄRENTEN RAHMENS FÜR INDIKATOREN UND EUROPÄISCHE DURCHSCHNITTSBEZUGSWERTE (BENCHMARKS) VOR

Die Europäische Kommission hat die Mitgliedstaaten in ihrer Mitteilung zur Schaffung eines kohärenten Rahmens für Indikatoren und Benchmarks [KOM (2007) 61 vom 21.02.2007] u. a. zur uneingeschränkten Kooperation und Teilnahme bei der Schaffung von 13 neuen Indikatoren im Bildungsbereich aufgefordert.

JUGEND: ERGEBNISSE DES JUGENDMINISTERRATES AM 16.02.2007

Die europäischen Jugendminister haben unter Vorsitz von Bundesministerin *von der Leyen* u. a. einen Beitrag für den Europäischen Frühjahrsrat angenommen und die künftige Ausrichtung der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich diskutiert.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

FORSCHUNG: EURATOM UND JAPAN UNTERZEICHNETEN ABKOMMEN ZUR FUSIONS-ZUSAMMENARBEIT

Anfang Februar 2007 wurde in Tokio das Abkommen über die Bildung einer privilegierten Partnerschaft zwischen Japan und Euratom im Bereich der Fusionsforschung unterzeichnet. Es ist Teil eines „breiter angelegten Konzeptes“ zur Fusionsforschung und wurde im Rahmen der langwierigen Vertragsverhandlungen zum ITER (Internationalen Thermonuklearen Versuchsreaktor) während der letzten Jahre als Kompromiss im Streit um die Standortfrage ausgehandelt, der zugunsten Europas ausging.

ERGEBNISSE DER TAGUNG DES RATES FÜR WETTBEWERBSFÄHIGKEIT AM 19.02.2007 IN BRÜSSEL

Auf der Tagung des Wettbewerbsrates gab es zwar keinen eigenen, nur Forschungsthemen gewidmeten Teil. Das Thema Forschung findet sich jedoch in einer Reihe anderer TOP wieder und nimmt dort einen wichtigen Rang ein.

EUROPÄISCHE KOMMISSION WILL ZUGANG ZU WISSENSCHAFTLICHEN INFORMATIONEN VERBESSERN

Mit ihrer Mitteilung „Über wissenschaftliche Informationen im Digitalzeitalter: Zugang, Verbreitung und Bewahrung“ [(KOM 2007) 56 vorl.], die die EU-Kommission am 15.02.2007 veröffentlichte, möchte sie den Anstoß zu einem intensiveren Zugang zu und einer besseren Verbreitung von wissenschaftlichen Informationen geben.

GROSSBRITANNIEN UND DIE USA PLANEN WELTWEITES WISSENSCHAFTSPORTAL

Die Diskussion um den Internetzugriff auf wissenschaftliche Informationen wurde auch auf einer internationalen Konferenz unter Teilnahme von Vertretern zahlreicher Länder, darunter Deutschland, Finnland, Frankreich, Portugal, Großbritannien, Kanada, die USA, China geführt. Großbritannien und die USA unterzeichneten dabei ein Abkommen zur Gründung des „Science.world“ genannten weltweiten Wissenschaftsportals, an dessen Entwicklung beide Länder gemeinsam arbeiten wollen.

AUFTAKTVERANSTALTUNG ZUM EUROPÄISCHEN FORSCHUNGSRAT- ERC – IN BERLIN

In Berlin fand am 27.02.2007 unter Anwesenheit der Vertreter der Politik, BKin *Dr. Angela Merkel*, Forschungskommissar *Janez Potocnik* und BMin für Bildung und Forschung *Dr. Annette Schavan* der Auftakt zum Europäischen Forschungsrat statt. Auf Seiten der Wissenschaft nahmen der Vorsitzende des Scientific Council, *Fotis Kafatis* sowie der Generalsekretär des ERC, *Prof. Ernst-Ludwig Winnacker* teil.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

ERGEBNISSE DES UMWELTRATS VOM 20.02.2007

Am 20.02.2007 tagte der Europäische Rat „Umwelt“ unter dem Vorsitz von Bundesminister *Gabriel* in Brüssel. Beim Klimaschutz nach 2012 wird sich die EU zur Reduzierung der CO₂-Emissionen bis 2020 auf mindestens 20% verpflichten. Der Anteil von 20% erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch soll ebenfalls verbindliches Ziel werden, wie auch ein 10%-iger Anteil der Biokraftstoffe am Gesamtreibstoffverbrauch. In einer Orientierungsaussprache haben alle Mitgliedstaaten den integrierten Ansatz bei der durchschnittlichen Begrenzung der PKW auf 130g/km gestützt.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/envir/92894.pdf

TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES „BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ“ AM 22.02.2007

Am 22.02.2007 tagte der Europäische Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ unter Vorsitz der Bundesminister *Müntefering* und *von der Leyen* in Brüssel. Im Bereich „Gesundheit“ wurde das Mandat des Ausschusses für Gesundheitsschutz für die Bereitschafts- und Reaktionsplanung bei Pandemien verlängert.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/lsa/92911.pdf

EUROPÄISCHES PARLAMENT WILL ABFALLAUFKOMMEN BIS 2020 ERHEBLICH SENKEN

In seiner Sitzung vom 12. bis 15.02.2007 hat das Plenum des Europäischen Parlaments Festlegungen zur Abfallrahmenrichtlinie getroffen. Dazu zählt u. a. die verbindliche fünfstufige Abfallhierarchie, die Stabilisierung des Gesamtabfallaufkommens bis 2012 und Senkung bis 2020 sowie die Festschreibung der Herstellerverantwortung.

<http://www.europarl.europa.eu/activities.do?language=DE>

KOMMISSION WILL VERTRAUEN IN FUNKTIONIEREN DES BINNENMARKTES ERHÖHEN

Am 14.02.2007 hat die Europäische Kommission ihr lange angekündigtes „New-Approach-Paket“ angenommen. Zielsetzung ist ein reibungsloseres Funktionieren des Binnenmarktes für Waren. Das Paket besteht aus fünf Dokumenten, die u. a. Verfahrensfragen bei technischen Vorschriften für Produkte, bei der Konformitätsbewertung und bei der Marktüberwachung regeln.

http://ec.europa.eu/enterprise/regulation/goods/mutrec_en.htm

INTERNETKONSULTATION ZU CO₂-ABSCHIEDUNG UND -SPEICHERUNG

Die Europäische Kommission hat am 16.02.2007 eine Internetkonsultation zum Thema CO₂-Abscheidung und –Speicherung mit Frist 16.04.2007 gestartet.

http://ec.europa.eu/environment/climat/ccs/consult_en.htm

STRATEGIE DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION FÜR GESUNDHEIT UND SICHERHEIT AM ARBEITSPLATZ 2007 - 2012

Die Europäische Kommission verabschiedete am 21.02.2007 die Mitteilung über eine Gemeinschaftsstrategie für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz für die Jahre 2007 bis 2012 (KOM 2007, 62). Hauptziel ist eine Reduzierung der Arbeitsunfälle und berufsbedingten Erkrankungen um 25% über nationale Strategien. Eine besondere Herausforderung für den Arbeitsschutz sieht die Kommission in der demographischen Entwicklung.

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007_0062de01.pdf

NEUE RICHTLINIE ZUR BEKÄMPFUNG DER UMWELTKRIMINALITÄT

Auf dem JI-Rat am 15.02.2007 hat Kommissionsvizepräsident *Franco Frattini* auch den am 09.02.2007 angenommenen Kommissionsvorschlag für eine Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt vorgestellt. Dieser bezweckt eine wirksamere Bekämpfung der Umweltkriminalität durch die Annäherung der strafrechtlichen Bestimmungen der Mitgliedstaaten (s. hierzu Beitrag des StMJ in diesem EB).

<http://ec.europa.eu/environment/crime/index.htm>